

# **Parteiencheck Wahlprogramm Handelspolitik Bündnis 90 / Die GRÜNEN**

[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BUENDNIS\\_90\\_DIE\\_GRUENEN\\_Bundes\\_tagswahlprogramm\\_2017.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundes_tagswahlprogramm_2017.pdf)

## **Bundestagswahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT.**

### **S. 65 C WELT IM BLICK**

#### **S. 90-97 III. WIR MACHEN DEN WELTHANDEL FAIR**

Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die Beziehungen und den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu reisen. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch. Vom Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht gäbe. Deutschland profitiert von offenen Märkten. Die Globalisierung hat auch in den Ländern des globalen Südens zu einem Anstieg des Wohlstands und hunderte Millionen Menschen aus extremer Armut geführt.

Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerechte und brutale Seite. In vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen Wertschöpfungskette ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu starken Einfluss auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist es unser Ziel, die Globalisierung auch durch die Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel, indem wir die internationalen Finanzströme besser regulieren (§ Kapitel: Wir teilen den Wohlstand gerechter, S.190) und auch indem wir den internationalen Handel neugestalten.

Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den letzten Jahren gegen TTIP, TiSA und CETA, gegen eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung von oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite dafür, dass diese Abkommen gestoppt und auf Grundlage sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien neu verhandelt werden. Im Fall von CETA wollen wir alles dafür tun, damit das Abkommen in dieser Form nicht ratifiziert wird.

Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit Abschottung zu begegnen, als auch der neoliberale Weg, Globalisierung ohne Regulation zu forcieren, führen in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg – den Weg friedlicher und offener Kooperation und globaler Solidarität. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der Globalisierung mehr Menschen zugutekommen.

Als exportorientierte, große Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische Union als der größte Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der Regulierung des Welthandels einnimmt und zeigt, wie fairer Handel möglich ist. Den brauchen wir für eine sozial-ökologische Transformation.

### **1. Gerechte Regeln für die Welt**

Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam verhandelt werden, also multilateral. Das muss im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) gesche-

hen. Denn sonst machen die mächtigen Länder die Spielregeln und die armen haben das Nachsehen. So wollen wir den Zugang zu günstigen Generika für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stärken. Insbesondere sollte die EU Länder des globalen Südens unterstützen, die Schutzklauseln und Ausnahmen des WTO-Patentschutzsystems (TRIPS) zu nutzen. Gleichzeitig dürfen diese Länder nicht mittels Freihandelsabkommen gedrängt werden, eine Ausweitung des Monopolschutzes und eine Einschränkung des Medikamentenzugangs über TRIPS-plus einzuführen. Außerdem braucht es einen globalen Forschungsfonds, um Anreize zu schaffen, vernachlässigte und Infektionskrankheiten besser zu behandeln. Damit das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen neu belebt werden.

Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und dem Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den Erhalt unserer ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen dabei im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen.

Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform der WTO gelten. So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören. Wir haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit entwickelten wie auch sich entwickelnden Staaten eine neue Generation von fairen und nachhaltigen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen Handelsfragen auch soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards – also unter anderem Regeln zur Vermeidung von Steuerhinterziehung, für Korruptionsbekämpfung, für Biodiversität, für Ernährungssouveränität, die Implementierung von internationalen Sozial-, Klima- und Umwelt- sowie Menschenrechtsnormen und die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind gleichwertig einklagbar und sanktionierbar. Wir wollen kein neues Handelsabkommen zwischen der EU und den USA oder anderen Staaten, ohne dass von allen zukünftigen Vertragsparteien das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde und das Handelsabkommen die Einhaltung der Pariser Ziele garantiert.

Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G 20) muss ebenfalls für eine faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich starken Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Den Impulsen der G20 zur Trockenlegung von Steuersümpfen und zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte müssen aber auch Taten folgen. Dazu wollen wir ein effektives Regelwerk zur Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht durchsetzen, damit unkontrollierte Abflüsse vor allem auch aus armen Ländern gestoppt werden. Die nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte Ziele im Rahmen der G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen über die multilateralen Organisationen etablieren.

Noch immer hungern weltweit rund 800 Millionen Menschen. Zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Besonders für Mütter und Kinder drohen bei Mangelernährung schwerwiegende bleibende Gesundheitsschäden. Dabei wären genügend Nahrungsmittel verfügbar. Das Recht auf Nahrung muss endlich konsequent umgesetzt werden. Dafür braucht es eine faire europäische Handels- und Agrarpolitik. Außerdem werden wir bäuerliche Strukturen hier und weltweit intensiver fördern mit dem Ziel, die Ernährungssouveränität zu stärken. Auch die konsequentere Regulierung der Finanzmärkte – gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln – spielt eine wichtige Rolle beim Kampf gegen den Hunger. Zudem be-

drohen die Interessen von Agrarkonzernen wie Bayer und Monsanto mit ihrer enormen Marktmacht den traditionellen Handel von bäuerlichem Saatgut.

Die Patentierung von Saatgut sowie Landgrabbing bekämpfen wir, denn sie bedrohen Biodiversität und Ernährungssouveränität, indem sie insbesondere Frauen die lokale Existenzgrundlage nehmen. Wir setzen uns vehement dafür ein, dass Deutschland durch nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen dazu beiträgt, dass Investoren und staatliche Institutionen die freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einhalten.

## **2. Neustart für faire Abkommen**

TTIP, CETA, TiSA, JEFTA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir GRÜNE lehnen diese Abkommen ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren, kleine und mittlere Unternehmen haben das Nachsehen. Deshalb demonstrieren dagegen Kleinbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso genauso wie der bäuerliche Familienbetrieb in Baden-Württemberg. Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sowie Arbeitsnormen und Menschenrechte nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen nicht ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die Wasserversorgung oder um die kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen nicht klar definiert sind, garantieren sie keinen ausreichenden Schutz. Vor allem sind diese Dienstleistungen nicht vom Investitionsschutz ausgenommen – Klagen gegen die kommunale Daseinsvorsorge vor einem Schiedsgericht würden so möglich.

Wir GRÜNE fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern. Dieses Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen, wenn klar ist, dass sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum Beispiel 1.300 Substanzen nicht für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind. Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Asbest oder Hormonfleisch sind verboten. Die Regelsetzung in diesen sensiblen Bereichen dürfen auch durch regulatorische Kooperation nicht unterlaufen werden. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder ein Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen nicht, dass demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln für Aufdrucke auf Zigarettenpackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche Verfahren gibt es keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne lehnen wir entschieden ab.

Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, vor dem Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen können. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Bestehende Investitionsschutzabkommen wollen wir nachverhandeln mit dem Ziel, die Vereinbarungen zu Schiedsgerichten aus den Verträgen zu entfernen. Wir unterstützen den Prozess der Vereinten Nationen für ein verbindliches Abkommen über die Pflichten internationaler Konzerne.

## **3. Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder**

Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir Entwicklungsländern Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen, können sie ihre heimische Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem globalen Süden die Leiter weg, auf der wir selbst unser heutiges Entwicklungsniveau erklommen haben. Subventionier-

te Importe aus Europa können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel der Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen aus der EU die heimische Produktion in Westafrika verdrängt. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika drohen eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern zu verhindern. Wir wollen sie deshalb stoppen und fordern neue Verhandlungen nach menschenrechtlichen, sozialen und Umweltstandards ohne Druck und Fristen. Wir wollen Entwicklungsländern handelspolitische Schutzmaßnahmen ermöglichen, damit sie ihre jungen Industrien entwickeln können. Die EU sollte für Entwicklungsländer Zölle auf verarbeitete Produkte senken oder ganz abschaffen, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen und mehr Gewinn im Land halten können.

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Wir wollen sie verpflichten, die Einhaltung von Menschenrechten, Umwelt- und Sozialstandards in ihrer gesamten Lieferkette nachzuweisen. Beim Verstoß gegen diese Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen, denn Selbstverpflichtungen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition reichen bei Weitem nicht aus. Opfer sollen zivilrechtliche Entschädigungsansprüche erhalten.

Fair gehandelte Produkte müssen raus aus der Nische. Bessere Kennzeichnung muss Konsument\*innen in die Lage versetzen, mit ihrem Einkauf an der Ladentheke über den Herstellungsprozess von Produkten abzustimmen.

#### **Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

##### ***Neustart für faire Handelsabkommen***

Handelsabkommen, die anders als TTIP, CETA und TiSA transparent verhandelt wurden und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können eine gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher\*innen- und Datenschutz sowie Arbeitsnormen und Menschenrechte international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen, vor dem auch Betroffene gegen Investoren klagen können. Er soll auf völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO Kernarbeitsnormen achten. Wir wollen multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken.

##### ***Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz***

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Wir wollen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im deutschen Recht gesetzlich verbindlich verankern, die entlang der Lieferkette einzuhalten sind. Zudem braucht es mehr Transparenz, wirksame Sanktionen bei Menschenrechtsverstößen und zivilrechtliche Klagemöglichkeiten für Betroffene. Diese Maßnahmen schaffen Rechtssicherheit. Davon profitieren Betroffene und Unternehmen gleichermaßen.

##### ***Hunger bekämpfen – Nahrungsmittelspekulation verhindern und Saatgut sichern***

Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die einzelne Akteur\*innen von einem Produkt am Markt kaufen dürfen. Doch nicht nur Marktmonopole bei Nahrungsmitteln sind ein Problem: Die Interessen von Agrar-

konzernen bedrohen den traditionellen Handel von bäuerlichem Saatgut und damit das Recht auf Nahrung. Das schafft riskante Abhängigkeiten und zerstört die Artenvielfalt. Deshalb wollen wir die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sowie lokale Saatgutbanken fördern. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns weiterhin ein für Landrechte und eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.